Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 79 (1985)

Heft: 2

Artikel: Anliegen der nichtreligiösen Sozialisten an die Adresse der Landeskirchen

Autor: Anderes, Albert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143176

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Albert Anderes

Anliegen der nichtreligiösen Sozialisten an die Adresse der Landeskirchen

Sozialisten sind Leute, welche die Interessen der gesellschaftlich Benachteiligten zu vertreten suchen. Etwas Ähnliches soll ein gewisser Jesus von Nazareth vor etwa 2000 Jahren ebenfalls versucht haben. Er endete durch Justizmord am Kreuz.

Die Instrumentalisierung der Kirche durch das bürgerliche Christentum

Die heutige Tagung nimmt das Zwingli-Jubiläum zu ihrem Ausgangspunkt: Zwingli als Reformator einer degenerierten Kirche und Gründer einer neuen Kirche, die das soziale Anliegen der Botschaft Jesu ernster nehmen sollte. Wie die Geschichte zeigte, verlief bereits der Beginn dieser Reform unglücklich – ich erinnere an den blutigen Konflikt mit den sozial-revolutionären Täufern. Und bis hin zur Gegenwart wurde auch die neue Kirche als politisches Machtinstrument missbraucht.

Es erstaunt deshalb nicht, wenn Sozialisten sich sehr kritisch zu Religion und Kirche verhalten. Viele unter ihnen bezeichnen sich bewusst als Nichtchristen. Wie Beispiele der Gegenwartssituation zeigen, sehr zu Recht:

– In der NZZ vom 12. Oktober 1982 versucht der bürgerliche Nationalrat Dr. Fritz Hofmann (Burgdorf) der Kirche und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gemeinsame Ziele zuzuschreiben. Für ihn «kann das Ziel der Kirche nur sein, die sozialverpflichtete Marktwirtschaft zu akzeptieren und zu ihrer Verbesserung beizutragen».

– Korpskommandant Jörg Zumstein schreibt im Organ des Protestantischen Volksbundes: «Bundesverfassung, Stanserverkommnis und erster Bundesbrief stehen unter der ausdrücklichen Erklärung ‚In nomine Domini. Amen.' – Im Namen Gottes des Allmächtigen! Damit ist unsere Armee von ihrer Verfassung her eine *christliche Armee*» («Kirche und Volk», 1982, Nr. 5, S. 3).

Bei diesen zwei Beispielen, denen noch viele weitere mühelos zugesellt werden könnten, wird etwas sehr Erschreckendes sichtbar. Aller Aufklärung, allen Toleranzversprechungen zum Trotz wird noch immer versucht, die Institution Kirche (je nach Standpunkt die katholische und/oder die evangelische) für die Belange von Wirtschaft, Militär etc. einzusetzen. Andere bürgerliche Stimmen akzeptieren den Pluralismus in der Kirche, in der sie folgerichtig nur noch die Hüterin von sittlichen Grundwerten sehen. Solche Grundwerte seien «vor allem die Achtung der Freiheit und der Würde der menschlichen Person, ferner Liebe, Wahrheit, Ehrlichkeit, Friede, Gerechtigkeit und Solidarität», schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft über die Volksinitiative «betreffend die vollständige Trennung von Staat und Kirche» vom 6. September 1978. Diese Grundwerte sind aber einerseits zu allgemein formuliert und andererseits an kein spezifisches Glaubensbekenntnis gebunden. Ihre *konkrete* Ausformung ist letztlich entscheidend. So hört es sich zwar gut an, wenn die FDP des Kantons Zürich in ihren «Grundsätzen über das Verhältnis Kirche und Politik» (NZZ, 8. Ok-

tober 1982) festhält: «Ein direktes Eingreifen kirchlicher Instanzen oder der Kirchen selbst in konkrete Entscheide staatlicher Organe ist dort geboten, wo menschliche Grundrechte und christliche Grundwerte gefährdet sind.» Wenn die FDP aber gleichzeitig über die unerwünschte Einmischung der Kirchen bei der Mitbestimmungsinitiative lamentiert, dann muss sich diese Partei sagen lassen, dass für sie die Mitbestimmung offensichtlich kein menschliches Grundrecht und kein christlicher Grundwert ist.

Demgegenüber nennen die «Thesen über Kirche und Sozialdemokratie» der SP des Kantons Zürich (NW 1980, S. 156ff.) als eines der Ziele des demokratischen Sozialismus «eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung, die auf der demokratischen Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen beruht». Die Diskrepanz in der Konkretisierung ethischer Grundwerte zwischen FDP und SP ist augenfällig. Im Sinne einer humanistischen Nächstenliebe echt und konsequent werden die ethischen Grundwerte heute nur von Sozialisten glaubwürdig in der schweizerischen Politik verfochten.

Wenn also die Freisinnigen in ihrem Organ «Der Zürcher Freisinn, FDP», Nr. 10/82, die Konzentrierung der Diskussion auf die FDP-Thesen damit begründen, dass diese «konkreter und substantieller als die meisten Papiere der anderen Parteien» seien, so gewiss nicht im Sinne der Ethik, die wir für christlich und humanistisch halten.

Den nichtreligiösen Sozialisten und Humanisten des Kantons Zürich kann das Verhältnis von Kirche und Politik nicht ganz gleichgültig sein. Nur allzu oft wurden die legitimen Interessen der Arbeitnehmerschaft von den Kirchen mangelhaft oder gar nicht unterstützt. Auch Alibiübungen in Form von Almosenspenden können nicht darüber hinwegtrösten, dass nur echter Strukturwandel eine ungerechte Gesellschaftsordnung in eine bessere umformen kann.

Besorgt nehmen auch wir deshalb die Versuche der bürgerlichen Parteien zur Kenntnis, aus der Religion und aus den Kirchen eine Ordnungsmacht für kapitalistische Interessen zu machen und sie als Droge der Gesellschaftsberuhigung zu missbrauchen. Die Ausklammerung des politischen Engagements entspricht nicht der Botschaft Jesu.

Kann die Kirche ein Partner von Nichtreligiösen sein?

In der Sozialdemokratischen Partei hat es zahlreiche Genossinnen und Genossen, welche die ethischen Impulse der Botschaft Jesu zur Grundlage ihres politischen Engagements machen. Wir erinnern hier an die traditionsreichen religiös-sozialen Vereinigungen und an die Christen für den Sozialismus. Eine Kirche, die den Kampf gegen das Elend dieser Welt ebenso entschieden aufnähme wie diese Bewegungen wäre als Partner eines demokratischen Sozialismus von grösster Bedeutung.

Das Zwingli-Jubiläum und das Projekt «Disputation 84» sind auch für uns Nichtreligiöse von Interesse. Wieviel Reformfreudigkeit steckt noch in der satten, gut genährten Landeskirche? Kann sie die Händler im Tempel verjagen und den reformatorischen Elan wiedergewinnen? Dieser Elan war nicht immer fehlerfrei, aber man war engagiert! Wo ist die Kirche heute wirklich engagiert? Es ist manchmal besser, diese provokativen Fragen zu stellen, um auch zu klaren Antworten zu kommen.

Wir erhoffen uns von solchen Reformbemühungen eine Neubelebung der religiös-sozialen Impulse innerhalb der offiziellen Kirche. Als Beitrag zu einem positiven Strukturwandel in der Gesellschaft sollte die Kirche aber auch selber zum Strukturwandel fähig sein.

Religiös-soziale Impulse einer Volks- oder Landeskirche könnten sein:
– Der Ausbau der sozialethischen Institutionen zur Förderung von Massnahmen sozialer Gerechtigkeit für alle;
– bessere Integration von Jugendlichen

und Ausländern in eine ganzheitliche Gesellschaft, u.a. durch das Jugend- und Ausländerstimmrecht in den Kirchen;
– eine echte Volksseelsorge, unabhängig vom deklarierten Mitgliederstatus, Seelsorge verstanden als umfassende, ganzheitliche Begleitung von Menschen, die diesen Dienst wünschen. Solche Seelsorge wäre zu leisten, ohne dabei in falsch verstandene Frömmigkeit abzugleiten, ja ohne ausschliesslich religiös begründet zu werden. Eine neue Ökumene, welche die Zusammenarbeit auch mit Nichtchristen, wie z.B. dem humanistischen Betreuungsdienst, aufnähme, wäre endlich auch zu realisieren;
– die Herausforderung eines fragwürdig gewordenen Rechtsverständnisses durch ethische Grundsätze, z.B. durch die Aufwertung des kirchlichen Raums als Asyl;
– den Einfluss auf die politische Macht als Mittel für die sozial Benachteiligten einzusetzen.

Dass eine solche Haltung geistigen Sprengstoff bedeuten würde, dürfte klar sein. Aber eine von den Händlern freigepeitschte Kirche wäre für die Parteien des demokratischen Sozialismus als Diesseitspartner von grösster Bedeutung. Und die SP ist liberal genug, um echte Partner aller Schattierungen im Kampf gegen das Leiden willkommen zu heissen! Die Diskussion über eine transzendentale Jenseitshoffnung soll zwischen den weltanschaulichen Gemeinschaften gepflegt werden. Sie ist jedenfalls kein Hindernis im gemeinsamen Kampf für eine bessere Welt.

Willy Spieler

SP und Disputation '84

Ein Plädoyer für die Verkündigungsfreiheit der Kirche

Wenn der demokratische Sozialismus den Dialog mit der Kirche aufnimmt, dann argumentiert er nicht spezifisch christlich oder sonstwie religiös, natürlich auch nicht atheistisch, sondern «laizistisch», «säkulär», «weltlich», und das heisst: vom Massstab des Menschlichen her. Der demokratische Sozialismus sucht menschliche und jedem Menschen – gleichgültig ob Christ oder Nichtchrist – erkennbare Grundwerte in die politische Programmatik und Praxis umzusetzen. Die letzte Begründung dieser Grundwerte entzieht sich hingegen seinem politischen Auftrag.

Religion ist für den demokratischen Sozialismus in dem Sinne «Privatsache», als sie keine Parteisache oder gar Staatssache sein kann und sein darf. Wie wir als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei unseren Sozialismus im Letzten begründen, ob zum Beispiel aus der Botschaft des nahenden Gottesreichs oder aus einem marxistischen «Prinzip Hoffnung», ist unserem persönlichen Gewissensentscheid überlassen. Die Partei will und kann uns diesen Entscheid nicht abnehmen bzw. vorschreiben. Sie vereinigt uns als Christen, Juden, Marxisten, Freidenker usw. im gemeinsamen Kampf für die Gerechtigkeit, ohne dass Weltanschauung uns trennen müsste.

Diese weltanschauliche Neutralität gilt aber nicht nur für den demokratischen Sozialismus, sie gilt auch für den Staat selbst, sofern er sich als modernen Rechtsstaat versteht[1]. Dass sie ein Prinzip der Freiheit ist, das auch die umfas-